

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. - Vierteljährlich M 2 30, bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 2.-, monatlich 70 Pf., - durch die Post bezogen M 2 40 -

Amts-Blatt

des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz

Postkassenkonto Leipzig 24127

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechs mal gepaltene Bettzeile (Masse's Zeilen) 14 25 Pf., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 18 Pf., übrige Zeile 55 Pf., außerhalb des Bezirkes 65 Pf., Reklame - : 60 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt : - : Zeitrauvender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisenachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz umfassend die Ortsteile Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrensdorf, Bietzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Eblemsdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inb. J. W. Mohr). Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 141

Dienstag, den 26. November 1918.

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

§ 2 der Bekanntmachung vom 27. Juli 1918 über Beförderung von Vieh - Sächsl. Staatszeitung Nr. 174 vom 29. Juli 1918 - erhält folgenden Zusatz:

„Wird Vieh auf Beförderungsschein oder als Gepäck oder als Expressgut aufgegeben, so ist eine besondere schriftliche Versandgenehmigung der zuständigen Stelle vorzulegen.“

Dresden, am 18. November 1918.

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Verordnung,

die Einlieferung der Zuckerbezugsausweise durch die Kleinhändler betreffend.

Die Kleinhändler haben die von ihnen abgetrennten Bezugsausweise der Zuckerkartenreihe 11 sowie die Bezugskarten der Reihe 11 spätestens bis zum 25. Novbr. 1918 ihren Lieferanten einzusenden. Die Einlieferung hat unter Einschieben oder mittels Wertpaket zu geschehen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet.

Dresden, am 19. November 1918.

Ministerium des Innern.

Notstandsarbeiten.

Wenn Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von Arbeitslosen die sofortige Entziehung von Grundstücken oder Rechten an solchen nötig machen, kann die Einleitung des Dringlichkeitsverfahrens nach § 70 des Sächsischen Enteignungsgesetzes vom 24. Juni 1902 beim Ministerium des Innern beantragt werden.

Nach dieser Bestimmung kann die sofortige Entziehung oder Beschränkung von Grundbesitz oder von Rechten an Grundstücken vorbehaltlich nachträglicher Feststellung des Gegenstandes der Enteignung und der Entschädigung gegen Sicherheitsleistung des Unternehmers verfügt werden, wenn die sofortige Ausführung eines dem öffentlichen Nutzen gewidmeten Unternehmens zur Abwendung drohender Gemeingefahr erforderlich ist.

Dresden, den 22. November 1918.

Der Staatskommissar für Demobilisierung.

Dr. Dehne.

Erhöhung der Brotzotation.

I. Versorgungsberechtigte Bevölkerung.

§ 1.

Allgemeines.

Zufolge der vom Kriegsernährungsamt angeordneten Erhöhung der Brotzotation werden an die Versorgungsberechtigten auf Kopf und Woche vom 1. Dezember ab gewährt:

a. für Kinder bis zu einem Jahre	1 Pfund Brot,
b. für Kinder im 2., 3. und 4. Lebensjahre	3 " "
c. für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre	4 " "
d. für alle übrigen Personen	5 " "

§ 2.

Sonderzulagen.

Mit dem vorgenannten Zeitpunkt fallen auf reichsrechtliche Anordnung alle bisher neben der Normalration gewährten Brotzulagen an Schwerarbeiter, Schwangere, kranke und nichttätige Mütter und Jugendliche beiderlei Geschlechts sowie die bisher gewährte Mehzzulage weg.

Dagegen wird den Schwerarbeitern die wöchentliche Zulage in dem bisherigen Umfang weitergewährt.

Infolge des Wegfalls der Schwerarbeiterzulage ist die Bekanntmachung vom 12. Juni 1918, die Ausstellung von Arbeitsbescheinigungen zur Erlangung der Schwerarbeiterbrotzulage betr., Ämtliche Beilage Nr. 16 zu Nr. 158 des Ramezner Tageblattes, Pulsnitzer Wochenblatt Nr. , bis auf weiteres als hinfällig anzusehen.

II. Militärpersonen.

§ 3.

Militärpersonen, die von der Heeresverwaltung mit Brot versorgt werden, nehmen an der Brotversorgung nicht teil. Dagegen erhalten

- a. mit Verpflegung einschl. Brot Einquartierte,
- b. Brotgeldempfänger,
- c. in den Kasernen wohnende, auf Selbstbeschaffung angewiesene Mannschaften,
- d. Kriegsgefangene und deren Wachmannschaften auf den Kopf und die Woche 5 Brotmarken.
- e. Lazarettinsassen auf den Kopf und die Woche 5 1/2 Brotmarke.

Neben dem vorstehend festgelegten Brotbezug erhalten als Zulage die unter a-c aufgeführten Mannschaften, soweit sie besonders anstrengenden Dienst verrichten und dies von der zuständigen militärischen Dienststelle bescheinigt wird, auf den Kopf und die Woche 1/2 Brotmarke. Offiziere und Militärbeamte im Offiziersrange erhalten Brotmarken nach § 1 unter d.

Militärverlauber erhalten pro Kopf und Woche 5 Brotmarken.

§ 4.

Die vorstehende Bekanntmachung gilt auch für die Städte Ramez und Pulsnitz. Ramez und Pulsnitz, am 22. November 1918.

Der Kommunalverband der Amtshauptmannschaft.

Der Stadtrat zu Ramez und Pulsnitz.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Neue Kartoffelumlage.

Durch die von hier aus nicht zu unterbindende Belieferung der Landeskartoffelkarten auswärtiger Bezirke sowie durch die sonstige Abwanderung an Kartoffeln aus dem Bezirke heraus sind die infolge der ungünstigen Ernte an sich schon sehr geringen Kartoffelbestände für die Versorgung des Kommunalverbandes derartig gemindert worden, daß die Versorgung der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht gewährleistet ist, wenn nicht noch weitere Kartoffelmengen seitens der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Vor allem aber müssen auch der Stadt Chemnitz noch Kartoffeln von hier aus zugeführt werden, um dort der allerschwersten Not nach Kräften vorzubeugen. Endlich braucht aber auch der Bezirk für die demnächst zur Entlassung kommenden Militärpersonen verhältnismäßig erhebliche Kartoffelmengen. Der früh eintretende Frost macht es nicht möglich, die in Posen und Schlesien bereits angekauften und zum Versand bereitgehaltenen Saatkartoffelmengen jetzt heranzubringen und gegen Abgabe von Speisekartoffeln, die den Landwirten für Saatwecke belassen worden waren, einzutauschen. Der Kommunalverband kann aber nicht auf diese Speisekartoffeln verzichten, sie sämtliche Saatkartoffeln hereinbekommen sind. Deshalb ist es notwendig, daß die Landwirte, gleichviel, ob sie bereits auswärtige Saatkartoffeln bestellt haben oder nicht, aus ihren eigenen Saatkartoffeln 5 Zentner auf den ha Anbaufläche, das ist 1/3 ihres Saatguts, abgeben.

Die Ortsausschüsse zur Sicherung der Volksernährung sind angewiesen worden, die Erhebung dieser Kartoffeln und ihre unverzügliche Ablieferung an den Kommunalverband in die Hand zu nehmen. Es wird erwartet daß die Landwirtschaft in Erkenntnis der gegenwärtigen Lage auch ihrerseits alles tut, um die Ablieferung zu beschleunigen.

Ramez, am 23. November 1918.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Frist zur Anmeldung und Entrichtung des auf die Zeit vom 1. Januar bis mit 31. Juli 1918 zu entrichtenden

Warenumsatzstempels

ist abgelaufen. Säumige Beitragspflichtige werden hiermit bei Vermeidung von Weiterungen zur sofortigen Anmeldung und Entrichtung des Stempels aufgefordert.

Pulsnitz, am 26. November 1918.

Der Stadtrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Ramez.

Französische Pläne.

Von unserem Berliner Vertreter.

Jeder Tag bringt uns neue Beweise, daß vor allem die Franzosen nicht den Frieden wollen, den Deutschland durch die Vermittlung Wilsons erbeten hat. Clemenceau und Poincaré sind noch immer am Ruder und die Zahl derer ist in Frankreich groß geworden, die den Sieg über das verhasste Deutschland auszuheben und ihn nicht durch Wilsons Weltverbesserungspläne schmälern lassen wollen. Alle Versuche unserer Waffenstillstandskommission und der Kommissionen, die in Spa über Einzelfragen des Waffenstillstandes verhandeln, Mitteilungen der Bedingungen herbeizuführen, um den Rückzug der deutschen Truppen geordnet möglich zu machen, sind gescheitert. Die Kommission unter Erzberger hat gegen die Forderung der Franzosen bereits protestiert. Jetzt hat General v. Winterfeldt sich ebenfalls in einem Protest gegen die aufzunehmenden Bedingungen gewandt. Ein Erfolg wird selbstverständlich auch dadurch nicht erreicht werden. Aber die ganze Welt wird durch die wiederholten deutschen Proteste doch aufmerksam auf die gemeinen Pläne, die die Franzosen verfolgen. Hindenburg sagte ja bereits dieser Tage, er glaube, die Franzosen wollten sich Rechtstitel zur Fortsetzung des Krieges und zur Befreiung Deutschlands sichern. Just dasjenige führt auch Dr. Solf in einer neuen Note aus. Alle deutschen Stellen geben zu, daß wir den Krieg nicht fortsetzen kön-

nen, es den Franzosen also leicht sein würde, ihre amnestionsistischen Pläne zu verfolgen. Freilich weisen auch alle maßgebenden deutschen Stellen auf die Folge solcher französischer Haltung und Absichten hin. Wir haben Wilsons Macht vertraut, haben uns den Waffenstillstandsbedingungen in der Erwartung unterworfen, daß Wilson alles daransetzen werde, seine Verbündeten auf das Maß der Vernunft zurückzuführen, haben geglaubt, daß die vierzehn Punkte Wilsons der Welt einen gerechten Frieden geben, also auch uns Gerechtigkeit bieten würden. Sollen unsere Hoffnungen wirklich getäuscht sein, soll unser Vertrauen nutzlos gewesen sein? Heute müssen wir immer wieder an Wilson appellieren, er möge seine Macht anwenden, um uns das zu geben, was er schließlich moralisch versprochen hat. Solf bittet nachdrücklich, daß nun endlich die Verhandlungen über den Präliminarfrieden beginnen mögen. Nur wenn wir diesen Vorfrieden erhalten, kann Deutschland wirklich noch existieren, nur dann werden die Pläne der Gegner durchkreuzt und wir können in Zeiten, die uns gestatten wieder aufzubauen und dem drohenden Chaos vorzubeugen. Indessen: Solf sagt, was jeder Deutsche ja auch fühlt: Man müsse annehmen, als ob auch der Präliminarfrieden hinausgezögert werden sollte. Die Gründe lägen auf der Hand: Es sind die geheimen Pläne der Franzosen, jene Pläne die hoch unerbittlich machen, die jetzt schon die Franzosen durch Uebertretung der Waffenstillstandsbedingungen zu erkennen geben. Sie haben Elsaß-Lothringen als französisches Gebiet besetzt, haben deutsche Truppen interniert, ehe die festgesetzten Fristen ver-

streichen waren, die ihnen zum Rückzug blieben. Sie haben Forderungen gestellt, die über die Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens hinausgingen. Nirgends Entgegenkommen, niemals etwas anderes als die Sucht, den Deutschen zu schaden, sie tiefer in die Not zu stürzen, sie hilfbarer zu treffen und zu vernichten. Gewalt wird an Stelle der Friedens-Konferenz-Entscheidungen gesetzt. Und wir müssen uns fügen.

Wir müssen uns fügen, weil wir besiegt sind, weil unsere Kampfkraft zusammengebrochen ist. Wir werden auch einen Präliminarfrieden annehmen, der uns schwere Opfer auferlegt, müssen damit rechnen, daß Elsaß-Lothringen für uns ganz ausscheidet und verloren ist und uns schwere finanzielle Opfer auferlegt werden. Aber wir wünschen wenigstens Klarheit. Jetzt haben wir sie nicht, da immer wieder das Geispenf aufsteigt, daß französische Pläne geschaffen haben: Die Befreiung weiterer deutscher Landesteile, vielleicht ganz Deutschlands. Es läge durchaus im Besten Clemenceaus an den verhassten noch diese Sache zu nehmen. Protestieren können wir heute nur noch weiter nichts. Wird Wilson sich wirklich weiter zurückhalten und seine Verbündeten allein bestimmen lassen? Was der Papst soll sich um Deutschland bemühen haben. Einen Erfolg haben seine Bemühungen aber ebenfalls nicht ergeben: Die Unsicherheit schafft Stunden der Verzweiflung. Wir Deutschen sind leider noch nicht völlig klar über die Gefahr, die uns umflart. Wenige nur denken weiter, denken daran, was aus uns werden würde, wenn dieser haltlose Zustand unter den Waffenstillstands-